Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Ostsee-Wache
2. Doctorow: Neue US-Sanktionen gegen russische Ölexporte: ein lähmender Angriff auf die Kriegswirtschaft des Kremls?
3. Bidens außenpolitische Bilanz: Es ging nie um die Ukraine
4. Bundeswehr stellt sich auf großen Krieg ein
5. Ein umfassendes Abkommen für den Frieden im Nahen Osten
6. Die besseren Islamisten
7. In Belarus finden am 26. Januar Präsidentschaftswahlen statt – dazu ein Interview
8. So funktioniert die Briefwahl
9. VW hat 2024 weniger Autos verkauft
10. „Todesstoß für zigtausend Betriebe“: Wagenknecht sieht Insolvenzgefahr aufziehen
11. Kanzler der Reichen? Warum Friedrich Merz die Mittelschicht täuscht
12. „Das sind Dinge, die vor einen Untersuchungsausschuss gehören“
13. Meta-Chef über Corona-Zeit: “Jeden zensiert, der gegen Impfungen war”: Zuckerberg attackiert Biden-Regierung
14. “Ich bin froh, dass Impfstoffe sehr früh entwickelt wurden” – Scholz lässt Patientin abblitzen
15. Interview: Martin Sonneborn: „Ich fahre grundsätzlich ohne Ticket“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Ostsee-Wache**
   Deutschland und die sieben anderen NATO-Ostseeanrainer starten eine Marineoperation in der Ostsee zum Schutz der Unterwasserinfrastruktur. Dies haben

die Staats- und Regierungschefs der beteiligten Länder am gestrigen Dienstag auf einem Treffen in Helsinki beschlossen. Demnach sollen Kriegsschiffe, U-Boote sowie Flugzeuge zum Einsatz kommen; auch Unterwasserdrohnen und anderes High-Tech-Gerät werden genutzt. Auslöser ist, dass seit dem Herbst 2023 mehrfach Pipelines und Kabel auf dem Boden der Ostsee schwer beschädigt wurden. Vorwürfe, es handle sich um russische Sabotage, sind in den NATO-Staaten populär, aber bis heute unbewiesen. Experten weisen darauf hin, jährlich würden 150 bis 200 Schadensfälle bei Unterwasserkabeln registriert. Allerdings hat Moskau mehrmals angekündigt, auf die Lieferung westlicher Waffen an die Ukraine asymmetrisch zu reagieren; wer weiter liefert, muss also russische Reaktionen einkalkulieren. Ganz unklar ist, wie die NATO vorgehen will: Das internationale Seerecht lässt es nicht zu, fremde Schiffe jenseits der Küstengewässer zu stoppen oder zu entern. Finnland fordert bereits, das Seerecht zu ändern oder es kreativ zu interpretieren.
Quelle: German Foreign Policy

dazu: **Kanonenboote auf Kurs**
NATO schickt Flottenverband in die östliche Ostsee – angeblich zum Schutz von Infrastruktur. Heute Gipfel in Helsinki mit Olaf Scholz.
Mehrere Ostseeanrainerstaaten wollen auf einem Gipfel in Finnland über Sicherheit in der Region sprechen. Der finnische Staatspräsident Alexander Stubb und Estlands Ministerpräsident Kristen Michal richten die Zusammenkunft in Helsinki gemeinsam aus, wie Stubbs Büro am Mittwoch mitgeteilt hatte. Unter den Teilnehmern sind Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), NATO-Generalsekretär Mark Rutte, die Vizepräsidentin der EU-Kommission Henna Virkkunen sowie die Staats- und Regierungschefs von Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Schweden. Damit entsteht offenbar eine zweite, speziell gegen Russland gerichtete NATO-Unterorganisation im Ostseeraum.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **“Russlands Angriffe könnten etwas Gefährlicherem dienen”**
Russland tritt in der Ostsee immer aggressiver auf und bedroht vor allem die baltischen Länder. Politikexperte Julius von Freytag-Loringhoven rät Deutschland und der Nato zu entschlossenem Widerstand.
Quelle: t-online

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *So werden weiter Ängste geschürt und Feindbilder gemacht. Da heißt es:*

> “Russland tritt in der Ostsee immer aggressiver auf und bedroht vor allem die baltischen Länder. Politikexperte Julius von Freytag-Loringhoven rät Deutschland und der Nato zu entschlossenem Widerstand. Zerstörte Datenkabel, gesprengte Pipelines, eine Schattenflotte maroder Öltanker: Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 ist die Ostsee zum Schauplatz der Konfrontation zwischen Russland und der Nato geworden.”

Brav, brav, Herr Küper, immer schön den Eindruck erwecken, dass sei alles der Russe gewesen. Und selbstverständlich tritt nur der Russe aggressiv auf, nicht aber die friedliebende NATO.

2. **Doctorow: Neue US-Sanktionen gegen russische Ölexporte: ein lähmender Angriff auf die Kriegswirtschaft des Kremls?**
   In den letzten Wochen vor der Amtseinführung von Trump tut die Biden-Regierung ihr Bestes, um ihrem Nachfolger einen vergifteten Kelch zu überreichen, d.h. die Beziehungen zu Russland so weit zu belasten, dass es politisch unmöglich sein soll, den Weg des Friedens zu beschreiten, den Trump bei seinem Amtsantritt zu seiner Priorität gemacht hat.
   Auf dem jüngsten Treffen in Ramstein, Deutschland, kündigte Verteidigungsminister Austin eine weitere Tranche von 500 Millionen Dollar an Rüstungsgütern für Kiew an. In den vergangenen Tagen gab es weitere Angriffe der Ukraine auf die inneren Regionen der Russischen Föderation mit amerikanischen Präzisionsraketen, die wiederholt eine von den Russen als rote Linie bezeichnete Eskalationsschwelle überschritten. Und nun hat Washington am Freitag neue Sanktionen gegen den russischen Energiesektor verhängt, die allem Anschein nach verheerende Auswirkungen auf die Exporteinnahmen Russlands haben könnten.
   Quelle: Seniora.org
3. **Bidens außenpolitische Bilanz: Es ging nie um die Ukraine**
   Krisen, Kriege und Verdacht auf Völkermord in Gaza: Zum Ende der Amtszeit von US-Präsident Biden versinkt die Welt im Chaos. Biden findet seine Bilanz trotzdem gut – dabei ging die US-Politik zulasten der Ukraine und der EU.
   “Im Vergleich zu vor vier Jahren ist Amerika stärker, unsere Bündnisse sind stärker, unsere Gegner und Konkurrenten sind schwächer”, sagte Biden in einer Abschieds-Rede in Washington.
   Die USA würden “den weltweiten Wettbewerb gewinnen” und nicht wie befürchtet von China wirtschaftlich überholt. Russland und der Iran seien durch Kriege ohne direkte US-Beteiligung geschwächt worden (eine indirekte Beteiligung gab es sehr wohl).

Die Rivalen China, Russland und Iran schwächen, die USA stärken – das war offenbar Bidens größtes außenpolitisches Ziel. Europa kommt in dieser Bilanz nicht vor. Kein Wunder – denn sonst würde sie völlig anders aussehen.
Quelle: Lost in Europe

4. **Bundeswehr stellt sich auf großen Krieg ein**
   Schon jetzt ist Deutschland ein Drehkreuz für den Ukraine-Krieg. Doch nun stellt sich die Bundeswehr auf einen weiteren, noch größeren Konflikt ein.
   Die Bundeswehr stellt eine neue Division für den Heimatschutz auf. Sie soll in das Heer integriert werden und gleichwertig neben den drei aktuell bestehenden Divisionen stehen, die im Kriegsfall an die Front entsandt werden.
   Auf den ersten Blick klingt dies wie eine gute Nachricht. Endlich kümmert sich die Bundeswehr um den lange vernachlässigten Heimatschutz, der neben der Abwehr militärischer Bedrohungen auch die Hilfe bei Katastrophen einschließt!
   Doch bei näherer Betrachtung geht es um etwas ganz anderes: die Sicherung "kritischer Infrastruktur" – und das nicht etwa für Deutschland, sondern vor allem für den Transport ausländischer Truppen an die Ostfront!
   Quelle: Lost in Europe
5. **Ein umfassendes Abkommen für den Frieden im Nahen Osten**
   Die überwiegende Mehrheit der Menschen im Nahen Osten und in der Welt sehnt sich nach Frieden. Doch eine gewalttätige extremistische Minderheit treibt die Region in einen endlosen Krieg.
   Der Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten liegt in der Sicherheit aller Staaten und Völker der Region. Mit dem Antritt einer neuen Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten bietet sich die Chance für ein umfassendes Friedensabkommen.
   Die Sicherheit aller Staaten und Völker würde die Entwaffnung der militanten nichtstaatlichen Kräfte bedeuten. Es würde die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen allen Nationen in der Region bedeuten. Es würde zudem bedeuten, dass das palästinensische Volk seinen eigenen souveränen Staat neben Israel erhält. Es würde den Schutz der territorialen Integrität und Stabilität der Nachbarländer Libanon und Syrien zur Folge haben können. Es würde auch heißen, dass sich alle Länder verpflichten, die Weiterverbreitung von Atomwaffen in der Region zu verhindern. Und es würde ferner bedeuten, dass alle Wirtschaftssanktionen als Teil der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen und als großer Anreiz für die wirtschaftliche Entwicklung aufgehoben würden.
   Quelle: Overton Magazin
6. **Die besseren Islamisten**
   Bei der moralischen Bewertung von „Glaubenskriegern" misst der Westen, wie so oft, mit zweierlei Maß.

Nicht alle Islamisten sind gleich. Die einen sind verabscheuungswürdig, andere moderat oder sogar Garanten einer neuen Ordnung. Das hängt davon ab, wie nützlich sie für den politischen Westen sein können. Über den Wandel des Islamistenbildes in westlichen Medien.
Quelle: Rüdiger Rauls auf Manova

7. **In Belarus finden am 26. Januar Präsidentschaftswahlen statt – dazu ein Interview**
   Es ist nachvollziehbar: Ob Fernsehen oder Hörfunk, ob gedruckte Zeitung oder Online-Plattform, zurzeit sind vor allem der künftige US-Präsident Donald Trump und sein mittlerweile ständiger Begleiter Elon Musk das Thema. Aber es gibt auch Länder, die einfach übergangen werden, obwohl auch dort Präsidentschaftswahlen stattfinden – in Belarus, einem europäischen Land, zum Beispiel in zwei Wochen am 26. Januar. Wird es auch dort zu einer neuen Politik kommen? GlobalBridge hat zu diesem Anlass mit dem belarussischen Politologen Alexander Schpakowsky ein Interview gemacht. Die Fragen stellte Christian Müller.
   Quelle: Globalbridge
8. **So funktioniert die Briefwahl**
   Bei der vorgezogenen Bundestagswahl muss alles schnell gehen. Das ist auch bei der Briefwahl herausfordernd. Wie läuft das ab, wie wählt man per Brief – und wie wird ausgezählt? Antworten auf wichtige Fragen.
   Quelle: tagesschau

   Anmerkung unseres Lesers E.L.: *Seit Jahren werden wir durch Politik und Medien auf Sicherheitsprobleme bei der Briefwahl hingewiesen – auf einmal machen die ÖR, trotz enormen Zeitdrucks vor der Bundestagswahl, Reklame gerade für diese "unsichere" Form der Wahl. Bemerkenswert! Lasst uns darüber nachdenken, warum plötzlich Propaganda für die Briefwahl gemacht wird!*

9. **VW hat 2024 weniger Autos verkauft**
   Die Krise des Volkswagen-Konzerns zeigt sich nun auch in den Verkaufszahlen für 2024: VW hat im vergangenen Jahr weniger Autos verkauft als im vorangegangen. Weltweit lieferte der Konzern insgesamt 9,027 Millionen Fahrzeuge aller Konzernmarken aus. Das ist ein Rückgang von 2,3 Prozent verglichen mit 2023, wie die Wolfsburger mitteilten.
   Damit hat Europas zweitgrößter Autobauer das selbst gesteckte Ziel von neun Millionen Auslieferungen knapp erreicht. Eigentlich wollten die Wolfsburger den Wert aus 2023 (9,2 Millionen) um bis zu drei Prozent übertreffen. Doch dieses Vorhaben hatte VW bereits im September aufgegeben. (…)

Ein wichtiger Grund für den Rückgang sind die schlechten Verkaufszahlen in China. Dort sind die Verkäufe um fast zehn Prozent zurückgegangen.
Quelle: DER SPIEGEL

10. **„Todesstoß für zigtausend Betriebe“: Wagenknecht sieht Insolvenzgefahr aufziehen**
2024 war ein prägendes Jahr für viele Firmen in Deutschland. Mehrere Traditionsunternehmen mussten Insolvenz anmelden, verschiedene Branchen waren betroffen. Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland liegt nach Einschätzung in etwa auf dem Niveau zu Zeiten der Finanzkrise 2009. Und für das kommende Jahr sind die Aussichten nicht besser, davor warnt BSW-Chefin Sahra Wagenknecht – und nimmt dabei auch die Ex-Ampel in die Pflicht.
Quelle: Merkur.de
11. **Kanzler der Reichen? Warum Friedrich Merz die Mittelschicht täuscht**
Friedrich Merz steht für “Leitkultur” und Wirtschaftslobby. Er ist sich politisch treu geblieben, weil er nicht dazulernt. Macht ihn das kanzlertauglich? Ein Gastkommentar.
Die bisherige Laufbahn des gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Friedrich Merz, ist geprägt von seiner nationalkonservativen Grundhaltung, die sich mit einer Glorifizierung der Marktmechanismen, des ökonomischen Leistungsgedankens und der Standortkonkurrenz zu einer neoliberalen Melange verbindet.
Diese qualifiziert Merz aus Sicht des Leitungspersonals der Privatwirtschaft für das wichtigste Staatsamt. Durch seine Aufsichtsratstätigkeit für BlackRock, das weltweit größte Finanzkonglomerat, hat er sich in Führungszirkeln deutscher Konzerne, Banken und Versicherungen den Ruf erworben, gut vernetzt und ein zuverlässiger Repräsentant des eigenen Wirtschaftsstandorts zu sein.
Quelle: Christoph Butterwegge auf Telepolis
12. **„Das sind Dinge, die vor einen Untersuchungsausschuss gehören“**
Auf dem BSW-Bundesparteitag am 12. Januar in Bonn war auch Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer, selbst kein Parteimitglied, eingeladen um eine kurze Rede zur Corona-Aufarbeitung zu halten. Die anschließenden Presseberichte, die auf diese Rede eingingen, verzerrten deren Inhalt in markanter Weise, indem sie eine wesentliche Information daraus verschwiegen. Multipolar veröffentlicht die Rede, die Pressereaktionen sowie eine Einordnung dazu. (…)
Wie Stück für Stück bekannt wird, kam offenbar auch das Virus selbst aus den USA – das sagt zumindest der ehemalige Leiter des CDC, das ist die amerikanische Seuchenschutzbehörde, Robert Redfield. Der hat vor zwei Monaten im November in einem Interview gesagt, er ist inzwischen aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse zu

der Ansicht gekommen, dass das Coronavirus in einem amerikanischen Labor erzeugt worden ist, im Rahmen eines Biodefense-Programms. Das hält er für die wahrscheinlichste Erklärung. Er nannte auch den Namen des Labors an der University of North Carolina. Wie Sie sich alle erinnern, haben Sie davon in der Tagesschau nichts erfahren.
Quelle: Paul Schreyer in Multipolar

13. **Meta-Chef über Corona-Zeit: "Jeden zensiert, der gegen Impfungen war": Zuckerberg attackiert Biden-Regierung**
Mark Zuckerberg beklagt Zensur: Die Biden-Regierung soll Meta gezwungen haben, kritische Beiträge über Corona-Impfungen zu löschen, selbst wenn diese wahr gewesen seien.
Meta-Chef Mark Zuckerberg schwenkt weiter auf die Linie der neuen Trump-Regierung ein. Erst vor wenigen Tagen hatte der Facebook-Gründer angekündigt, in seinen sozialen Netzwerken die etablierten Faktenchecks abzuschaffen und mehr "freie Meinungsäußerung" zuzulassen. Nun bekräftigte Zuckerberg in einem Interview nochmal seinen Zensur-Vorwurf gegen die Regierung von Joe Biden.
Quelle: stern
14. **"Ich bin froh, dass Impfstoffe sehr früh entwickelt wurden" – Scholz lässt Patientin abblitzen**
Bundeskanzler Olaf Scholz wurde am Montag bei einer Wahlkampfveranstaltung im nordrhein-westfälischen Lünen auf die Corona-Impfschäden angesprochen. Die im Publikum sitzende Impfgeschädigte und Post-Vac-Patientin Katharina König wies Scholz darauf hin, dass Lauterbach im Jahr 2023 versprochen habe, einen Entschädigungsfonds für Impfgeschädigte einzurichten, aber bis heute nichts getan habe. "Ich habe immer SPD gewählt, aber Herr Lauterbach hat mir das Leben kaputtgemacht."
Scholz ging auf den Vorwurf überhaupt nicht ein. Im Gegenteil, er lobte das Impfsystem und sagte, er sei "froh", dass "sehr früh" lebensrettende Impfstoffe entwickelt worden seien. Dafür erntete er Applaus.
Der Clip wurde von Rechtsanwalt Tobias Ulbrich, der Katharina König in ihrer Klage gegen BioNTech vertritt, auf X gepostet. Dabei schreibt Ulbrich unter anderem: "Die Beantwortung der Frage zeugt von Empathielosigkeit und ist eines Kanzlerkandidaten unwürdig."
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Peinlich. Der Bundeskanzler erweist sich nicht lediglich als empathielos, sondern hat mit seiner Antwort das Thema der Frage verfehlt. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch Alles auf tot? „Was passiert wohl, wenn die*

Menschen den Eindruck bekommen, dass hier ein gigantischer Betrug ablief.“

15. **Interview: Martin Sonneborn: „Ich fahre grundsätzlich ohne Ticket“**
Der „9-Euro-Fonds“ wurde 2022 mit Unterstützung der Satirepartei „Die Partei“ eingeführt, um gegen hohe Ticketpreise zu protestieren und Strafgelder zu übernehmen. Parteichef Martin Sonneborn im Interview.
Die Einführung des 9-Euro-Tickets sorgte im Sommer 2022 für mehr Bahnreisende in Deutschland. War der Ticketpreis zu Beginn noch vergleichsweise niedrig, hat er sich mit dem Deutschlandticket als Nachfolger stetig erhöht – zuletzt auf 58 Euro im Monat. Seit August 2022 gibt es deshalb das Protestprojekt „9-Euro-Fonds“. Das Konzept dahinter: Wer sich auf der Website registriert und neun Euro in den Solidaritätsfond einzahlt, den Nahverkehr dann ohne Ticket nutzt und dabei erwischt wird, bekommt das erhöhte Beförderungsentgelt vom Fonds bezahlt.
Gegründet wurde das Projekt von Aktivistinnen und Aktivisten, mit zentraler Unterstützung der Satirepartei „Die Partei“. Kurz vor der Bundestagswahl hat die Partei nun vorübergehend angekündigt, den „9-Euro-Fonds“ in den „0-Euro-Fonds“ umzuwandeln und bis zur Wahl tausend Menschen das Fahren ohne Fahrschein zu finanzieren, etwa auch in Frankfurt. Das JOURNAL hat mit dem Parteivorsitzenden und EU-Parlamentsmitglied Martin Sonneborn gesprochen.
Quelle: Journal Frankfurt